



Hofheim, den 05.03.2026

## **Gleichberechtigung und Schutz vor Gewalt statt Blumen zum Internationalen Frauentag 2026**

Zum internationalen Frauentag am 8. März 2026 ruft UN Women weltweit unter dem Motto „Rights. Justice. Action For ALL Women and Girls“ dazu auf, rechtliche Ungleichheiten abzubauen und Gerechtigkeit für Frauen und Mädchen durchzusetzen.

Frauen und Mädchen sind ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen, Politik, Wirtschaft und Medien dazu aufgerufen, sich gemeinsam für gleiche Rechte und vor allem für deren konsequente Umsetzung einzusetzen, denn „ohne funktionierende Justizsysteme bleiben Rechte ein Versprechen, das nie ankommt“. Wenn das Reformtempo sich weiterhin so fortsetzen würde, so UN Women, dauert es noch rund 286 Jahre bis bestehende rechtliche Schutzlücken geschlossen werden. „Das ist kein Zeitplan, das ist Kapitulation“.

Weltweit sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen weiterhin gravierend. Frauen werden nach wie vor in zentralen Lebensbereichen systematisch benachteiligt wie:

- Arbeit (gleiche Chancen und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit - Gender Pay Gap)
- gleichberechtigter Teilhabe in Führungspositionen und in der Politik
- Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung
- Anerkennung von Care-Arbeit
- finanzieller Absicherung und Eigentum
- Gesundheits- und Altersvorsorge

Der Internationale Frauentag 2026 versteht sich vor diesem Hintergrund als Weckruf. Ziel ist es, strukturelle Barrieren, wie z.B. diskriminierende Gesetze, unzureichende Rechtsdurchsetzung sowie schädliche soziale Normen abzubauen. Gleichberechtigung bedeutet, dass Rechte nicht nur gesetzlich verankert, sondern ebenso wirksam geschützt und durchgesetzt werden müssen. Unter anderem müssen Mädchen rechtlich gesicherten Zugang zu Bildung erhalten, Kinderehen müssen weltweit verboten werden und Frauen müssen die Freiheit haben zu arbeiten, sich politisch engagieren dürfen und umfassend vor geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden.

Auch in den europäischen Ländern ist der Kampf um Gleichberechtigung noch nicht vorbei, patriarchale Strukturen sind vorhanden, das betrifft auch Deutschland:

- Frauen sind in Führungspositionen oder in politischer Verantwortung unterrepräsentiert.
- haben Frauen oft nicht die gleichen Möglichkeiten und werden spätestens dann benachteiligt, wenn sie eine Familie gründen.
- werden viele Frauen Opfer von physischen, psychischen oder sexuellen Gewalthandlungen, weil sie Frauen sind. Auch in Deutschland finden Femizide statt, statistisch gesehen wird an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.

Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem patriarchaler Machtverhältnisse. Wir beobachten einen gesellschaftlichen Backlash: Antifeminismus und Querfeindlichkeit nehmen zu, Schutzräume geraten unter Druck, in manchen Bundesländern drohen Kürzungen im Gewaltschutz.

Frauen helfen Frauen MTK e.V. setzt sich täglich in den beiden Einrichtungen, dem Frauenhaus und der ambulanten Beratungs- und Interventionsstelle gegen Gewalt an Frauen und Kinder ein, um Schutz und Beratung zu gewähren, Femizide zu verhindern und mit dazu beizutragen, dass für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder ein Leben in Würde ohne weiteres Gewalterleben möglich ist. Mit unseren vielfältigen Präventionsangeboten betonen wir, wie wichtig die reale Gleichstellung von Mädchen und Jungen und Frauen und Männern zur Vermeidung von Gewaltdynamiken ist.

Vor diesem Hintergrund ist das neue bundesweite Gewalthilfegesetz ein wichtiger Meilenstein gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt verbunden mit dem Ziel ein verlässliches und flächendeckendes Hilfesystem zu generieren und stellt einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Istanbul-Konvention dar. So hat ab 2032 jede Frau einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei häuslicher Gewalt und wird zur Ländersache. Darauf liegt auch der Fokus der finanziellen Förderung - aber alleine die Anschubfinanzierung des Bundes an die Länder ab 2027 wird nicht ausreichen, um die Beratungsstellen und Frauenhäuser finanziell so auszustatten, dass unser vielfältiges Angebot weiterhin abgedeckt ist.

Deshalb ist das Land Hessen genauso wie die Gebietskörperschaften und Kommunen aufgefordert, auch zukünftig ihre bisherige finanzielle Beteiligung im Gewaltschutz beizubehalten, um nachhaltig die Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu senken.

Frauen wollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe und Religion gleiche Chancen in allen Lebensbereichen. Frauen wollen gewaltfreie Beziehungen, ein Leben ohne Angst, gleiche Löhne, faire Arbeitsbedingungen, die Aufteilung von unbezahlter Care-Arbeit und ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um nur einige Beispiele zu nennen.